
Vorsitz: Finnland**558. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 1. Oktober 2008

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 13.25 Uhr

2. Vorsitz: M. Kangaste3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Erwiderung auf die Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika vom
10. September 2008:* Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

(a) *Diskussion am Runden Tisch über Fragen betreffend Kleinwaffen und leichte
Waffen: Präsentationen der Information Research Group on Peace and
Security (GRIP), von Safer World und des Small Arms Survey: Vorsitz,
Vertreter des Small Arms Survey (FSC.NGO/3/08), Vertreter von Safer World
(FSC.NGO/1/08), Vertreter der Information Research Group on Peace and
Security (FSC.NGO/2/08 OSCE+) (FSC.NGO/4/08), Vorsitz der Informellen
Freundesgruppe „Kleinwaffen und leichte Waffen“ (Deutschland), Vereinigtes
Königreich, Belarus, Deutschland*

(b) *Präsentation der Russischen Föderation über Waffenlieferungen an Georgien
unter Bezugnahme auf die OSZE-Dokumente: Russische Föderation
(Anhang 1), Vorsitz, Georgien (Anhang 2), Tschechische Republik
(Anhang 3), Bulgarien (Anhang 4), Ukraine (Anhang 5), Türkei, Vereinigte
Staaten von Amerika (Anhang 6), Litauen*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Tagung einer operativen Expertengruppe zur Proliferation Security Initiative am 25. und 26. September 2008 in Paris: Frankreich*
- (b) *Seminar über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit vom 22. bis 24. September 2008 in Astana: Vertreter des Konfliktverhütungszentrums*
- (c) *Vorlage von zwei Ministerratsbeschlussentwürfen (MC.DD/6/08 und MC.DD/7/08): Vorsitz*
- (d) *Organisatorische Angelegenheiten: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 8. Oktober 2008, 10.00 Uhr im Neuen Saal

558. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 564, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Die russische Delegation möchte heute die Erörterung der Frage fortsetzen, wie es im August zur Tragödie in Südossetien kommen konnte.

Bei der letzten Sitzung versuchte die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika die Angelegenheit so darzustellen, als habe es sich bei dem militärischen Abenteuer Georgiens um eine spontane, impulsive und unbedachte Reaktion auf eine sich zuspitzende Situation gehandelt. Leider müssen wir unsere Kollegen aus den Vereinigten Staaten enttäuschen: Ihre Darstellung der Ereignisse, die sich an den Propagandabemühungen von Tiflis orientiert und – allem Anschein nach – die georgische Aggression zumindest teilweise rechtfertigen soll, hält der Kritik nicht stand und steht im Widerspruch zum objektiven Sachverhalt.

Wie wir in unserer Erklärung vor dem Forum am 17. September zeigen wollten, hatte sich die derzeitige georgische Führung zumindest schon 2006 für eine gewaltsame Lösung interner Konflikte entschieden. Dies ist daraus ersichtlich, dass Georgien die Arbeit der Verhandlungsmechanismen blockierte, sich unter vielerlei Vorwänden weigerte, rechtlich bindende Abkommen mit Abchasien und Südossetien über die Nichtanwendung von Gewalt zu schließen, und dass es zu ständigen Provokationen in den Konfliktzonen kam. So war es auch kein Zufall, dass im Sommer 2006 der damalige Verteidigungsminister, Irakli Okruaschwili, mehrmals öffentlich erklärte, er wolle das Neue Jahr in Zchinwali feiern, andernfalls er seinen Rücktritt einreichen werde. Später, nachdem er die Seite gewechselt und sich den Gegnern des Saakaschwili-Regimes angeschlossen hatte, gab Okruaschwili zu, dass er 2006 mit dem Präsidenten an Militärplänen für die Eroberung von Südossetien und Abchasien gearbeitet habe. Damals zogen Analytiker diese Aussage in Zweifel und sahen darin vielmehr den Wunsch, alte Rechnungen mit einem früheren Kampfgefährten zu begleichen. Doch Okruaschwili sagte im Eifer des Gefechts die Wahrheit. Seine Aussage wird insbesondere durch den bereits 2006 ausgearbeiteten Geheimplan voll und ganz bestätigt, demzufolge Zchinwali durch die Erste Georgische Infanteriebrigade eingenommen werden sollte und den wir in diesem Saal vor zwei Wochen vorlegten. Zufällig bestätigte Okruaschwili vor wenigen Tagen erneut, dass es seit Langem Pläne für einen Angriff auf Südossetien gegeben habe, und warf Micheil Saakaschwili vor, für eine planmäßige Durchführung des militärischen Feldzugs unfähig zu sein. Das bedarf hier keiner weiteren Erläuterung.

Die Militärpolitik von Tiflis liefert den schlagenden und unwiderlegbaren Beweis, dass der Angriff gegen Südossetien nicht spontan erfolgte, sondern die logische Folge lang geplanter Vorbereitungen war.

Unter Saakaschwili wurde Georgien zum vermutlich am stärksten aufgerüsteten Land des Erdballs. Man kann durchaus sagen, dass der georgische Verteidigungshaushalt von 2002 bis 2008 von 18 Millionen auf 900 Millionen Dollar, das heißt um das 50-fache erhöht wurde! Rechnet man die außerbudgetären Beiträge hinzu (Beiträge zur Unterstützung der Armee, Unterstützung durch die Diaspora usw.), dann kommt man insgesamt auf etwa denselben Betrag wie die Haushaltsausgaben, sodass die tatsächlichen Ausgaben Tiflis' für militärische Zwecke Schätzungen zufolge mehr als 8,5 Prozent des georgischen Bruttonationalprodukts (BNP) ausmachen. Das führt uns zur berechtigten Frage, weshalb ein relativ kleines Land, dessen Bevölkerung zu einem beträchtlichen Teil unter der Armutsgrenze lebt, fast eine Milliarde US-Dollar für seinen Militärhaushalt ausgibt. Vielleicht zur Vorbereitung seines Beitritts zur NATO? Aber kein anderes Land, das dem Bündnis beitrug oder den Beitritt anstrebte, hat sich je eine derart hemmungslose Aufrüstung geleistet. Erfolgte die Aufrüstung vielleicht im Hinblick auf die Teilnahme an friedenserhaltenden Einsätzen im Ausland? Doch Georgiens friedenserhaltende Aktivitäten sind nicht in einer Größenordnung, dass fast ein Zehntel des georgischen BNP für militärische Zwecke ausgegeben werden muss. Umso mehr als es für friedenserhaltende Aktivitäten nicht notwendig ist, den Ankauf von Offensivwaffen vorzuziehen, wofür nach Angaben der Vereinten Nationen bis zu 40 Prozent des Verteidigungshaushalts ausgegeben wurden. Es kann daher nur eine einzige Antwort geben: Das Saakaschwili-Regime bemühte sich unter Einsatz aller Mittel um eine militärische Lösung der Probleme in den Beziehungen mit Abchasien und Südossetien, in der sicheren Überzeugung, dass diese beiden kleinen Republiken keinerlei Widerstand leisten können.

Es ist kein Zufall, dass die zahlenmäßige Stärke der georgischen Armee laut den Angaben, die Georgien im Rahmen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) vorlegte, von 2006 auf 2007 um 15.000 Mann zunahm, d. h. sich fast verdoppelte, erreichte sie doch am 1. Januar 2008 einen Stand von 32.307 Mann. Gleichzeitig wurden im Eilzugstempo Reservisten ausgebildet. Laut dem Gesetz über die Streitkräfte Georgiens vom 8. Dezember 2006 werden alle gesunden Männer zwischen 27 und 40 Jahren in drei Kategorien eingeteilt: „aktive“ Reserve, „individuelle“ Reserve und Reserve der Nationalgarden. Alle zwei Jahre werden sie zu einer 24-tägigen Ausbildung in Militärlager einberufen, wobei diese Ausbildungslehrgänge für Studenten 18 Tage dauern. Es gibt Pläne zur Schaffung von acht Ausbildungszentren für Reservisten im ganzen Land. 2007 wurden in vier Zentren (darunter Wasiani, Satschchere und Senaki) im Laufe des Jahres 25.000 Mann ausgebildet.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass wir über ein flächen- und bevölkerungsmäßig relativ kleines Land sprechen, kann man mit Fug und Recht von einer noch nie dagewesenen rasanten Aufrüstung innerhalb kürzester Zeit sprechen.

Leider war dies dank der Hilfe von außen durch mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten möglich. Lassen Sie mich als Beleg konkrete Fakten anführen, die sich unter anderem auf die Informationen stützen, die wir im Rahmen des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und der Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen austauschen.

Die Ukraine war Georgiens Hauptwaffenlieferant. Zwischen 2004 und 2006 belieferte Kiew Tiflis mit 16 Kampfpanzern T-72, 30 gepanzerten Mannschaftstransportwagen BTR-80, 52 Schützenpanzern BMP-2, zwölf 152-mm-Panzerhaubitzen „Akazia“, sechs Mi-24-, zwei Mi-8- und zwei Mi-14-Hubschraubern, einer Lieferung von „KrAz-6510“-Fahrzeugen mit verstärkter Hebeleistung, fünf Brückenlegepanzern MTU-20, fünf gepanzerten Grabenbaggern auf Regimentsebene PZM-2, zwei Sperrenräumfahrzeugen IMP-2, zwei gepanzerten Straßenräumfahrzeugen BAT-2 und über 40 Tonnen Kleinwaffenmunition. Außerdem wurde in diesem Zeitraum ein elektronisches Überwachungssystem „Kolchuga-M“ zusammen mit zwei Radaranlagen 36-D6-M zur Ortung, Identifizierung und Verfolgung von Luftzielen geliefert.

Allein im Jahr 2007 lieferte die Ukraine 74 Panzer T-72 (insgesamt 90), fünf 203-mm-Panzerkanonen 2S7, acht Schulflugzeuge L-39C und eine beträchtliche Anzahl von Panzerabwehrlenkflugkörpern.

Darüber hinaus erhielt Georgien 2007 eine Batterie von Boden-Luft-Flugkörperstartgeräten „Buk1-M1“, eine Batterie von Boden-Luft-Flugkörpersystemen „Osa-AKM“, rund 50 tragbare Flugabwehrsysteme (MANPADS) „Igla-1“ und bis zu 400 Raketen für diese Systeme sowie über eine Million Patronen für Kleinwaffen und 8000 Schuss für Granatwerfer RPG-7.

Im Zeitraum 2000 bis 2007 lieferte die Tschechische Republik insgesamt folgendes Gerät an Georgien:

- fünfzig Panzer T-72, 42 Haubitzen D-30 (von diesen wurden zwölf 2001 und 30 2006 verkauft)
- vierundzwanzig 152-mm-Panzerhaubitzen M-77 „Dana“
- sechs 120-mm-Mehrfachraketenwerfer RM-70
- fünfundzwanzig 120-mm-Mörser M-75
- zweihundert MANPADS „Strela-2M“

2004 überließ die Tschechische Republik Georgien kostenlos 40 Tonnen Munition, darunter 1,5 Millionen 7,62-mm-Patronen, 252 Schuss für Panzerabwehrgranatwerfer RPG-7V und 1212 Handgranaten RGD-2.

Allein in diesem Zeitraum wurden 3,5 Millionen 7,62-mm-Patronen, 7000 30-mm-Geschosse, 65.000 40-mm-Geschosse, 49.000 60-mm-Minen, 6000 73-mm-Geschosse, 26.000 82-mm-Minen, 600 120-mm-Granaten und -Minen, 12.000 122-mm-Granaten und 4000 125-mm-Granaten geliefert.

2003 exportierte Bulgarien 578 Granaten für 82-mm-Mörser, 70 Granaten für 120-mm-Mörser, 1100 Handgranaten und rund 1 Million Patronen nach Georgien.

Im Zeitraum 2004 bis 2005 wurden die Lieferungen gewichtiger: vierzehn 120-mm-Mörser, 150 Panzerabwehrraketensysteme „Konkurs“ und „Kornet“ sowie 1500 Raketen für diese Systeme, 300 Granatwerfer RPG-7, Kleinwaffen (einschließlich verschiedener automatischer Waffen vom Typ Kalaschnikow und Panzerabwehrhandgranatenwerfer RPG-22) sowie 150 Tonnen Munition. Darüber hinaus wurden Verträge für die Lieferung von 500 Raketen für MANPADS „Igla“ und zwölf 23-mm-Flugabwehrgeschütze „ZU-23-2M“ abgeschlossen.

2006 wurden 200 Panzerabwehrraketensysteme vom Typ „Konkurs“ und eine Munitionslieferung mit einem Gewicht von über 500 Tonnen in einer Größenordnung von rund 8 Millionen Dollar nach Georgien exportiert.

2007 wurden vier 23-mm-Flugabwehrgeschütze ZSU-23-4 „Schilka“ sowie Panzerabwehrraketensysteme, Kleinwaffen und Munition exportiert.

Darüber hinaus wurden zwei kleine Landungsfahrzeuge, „Guriya“ und „Akiya“ (Projekt „Vydra“ 106K), nach Tiflis verlegt.

2005 lieferte Bosnien und Herzegowina über Beschaffungsagenturen 45 120-mm-Mörser M75 an Georgien; 2006 wurden 25 82-mm-Mörser vom Typ M69A und 500 262-mm-Raketen für den Mehrfachraketenwerfer M-87 „Orkan“ geliefert.

Ende 2007 und Anfang 2008 kaufte das georgische Verteidigungsministerium von Bosnien und Herzegowina fünf Mehrfachraketenwerfer vom Typ „Orkan“ sowie Raketen für diese Waffensysteme.

Polen lieferte Georgien 30 MANPADS vom Typ „Grom“ samt 100 Raketen sowie Kleinwaffenmunition.

Litauen lieferte 14.000 automatische Waffen vom Typ Kalaschnikow.

2007 lieferte Israel vier Mehrfachraketenwerfersysteme gradLAR. Im Rahmen der bilateralen militärtechnischen Zusammenarbeit gab es aktive Bestrebungen, im Rahmen eines Projektes innerhalb der georgischen Luftwaffe eine Einheit zu schaffen, die die Fähigkeit zur taktischen Aufklärung mit Hilfe unbemannter Luftfahrzeuge (UAV) erhalten sollte. Zu diesem Zweck kaufte Georgien Mitte des Jahres 2007 in Israel erzeugte UAVs (vier „Hermes 450“ und vier „Skylark“).

Die israelische Firma Elbit Systems war an der Aufrüstung von Jagdfliegern SU-25 beteiligt, in deren Verlauf die Flugzeuge mit einem modernen israelischen Avionik-System ausgestattet wurden, das den Flugzeugen eine Allwetterfähigkeit verleiht. 2006 und 2007 konnte die Flugzeugfabrik TbilAwiaMscheni mithilfe der Fachleute von Elbit vier SU-25-Flugzeuge aufrüsten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika leisten Georgien in Form mehrerer Bundesprogramme militärische und militärtechnische Hilfe.

Im Rahmen des *Foreign Military Sales Program* für den Verkauf von militärischen Gütern ins Ausland wurden beispielsweise im Zeitraum 2004 bis 2007 Exportabkommen mit

Georgien in der Höhe von 180,9 Millionen Dollar geschlossen; im Zeitraum 2003 bis 2006 erhielt Georgien Waffen und Militärausrüstung in einer Größenordnung von insgesamt 39,3 Millionen Dollar. Darüber hinaus erhält Tiflis von Washington über private Kanäle Militärgüter und militärische Dienstleistungen. Zwischen 2004 und 2006 erhielt Georgien Lizenzen für die Lieferung von Waffen und Militärausrüstung in der Größenordnung von 5,1 Millionen Dollar, die Kosten der in diesem Zeitraum über private Kanäle gelieferten Waffen und Militärausrüstung beliefen sich auf 77,5 Millionen Dollar.

Im Rahmen des *Excess Defense Articles Program* für die Lieferung überschüssiger militärischer Ausrüstung ins Ausland überließ das US-Verteidigungsministerium Georgien zwischen 1999 und 2007 kostenlos zehn Mehrzweckhubschrauber UH-1H „Iroquois“, zwei Patrouillenboote, 230 Fahrzeuge verschiedenster Art, über 100 Funkgeräte sowie medizinische Verbrauchsgüter, Uniformen und Ausrüstung zukommen.

Seit Anfang 2008 erhielt die georgische Armee erhebliche Mengen an Kleinwaffen und Maschinengewehren vom Typ M-16 und M-4 sowie automatische Gewehre.

Zusätzlich zu diesen Waffenlieferungen erhielt Georgien auch beträchtliche Unterstützung bei der Ausbildung seiner Streitkräfte.

So wurden etwa im Zeitraum 2002 bis 2004 im Rahmen des US-amerikanischen *Georgia Train and Equip Program* vier Bataillone und eine motorisierte Kompanie in der Gesamtstärke von etwa 2800 Mann ausgebildet. Washington stellte für die Durchführung dieses Programms rund 64 Millionen Dollar bereit.

Im Rahmen des *Georgia Sustainment and Stability Operations Program* wurden zwischen 2005 und 2007 Soldaten der ersten, zweiten und dritten Infanteriebrigade, rund 4000 Mann, ausgebildet. Einheiten der vierten Infanteriebrigade erhielten erst kürzlich eine Ausbildung.

Mithilfe der Vereinigten Staaten wird ein Langzeitprogramm zur Instandsetzung von Flugplätzen in den an der russisch-georgischen Grenze liegenden Bezirken durchgeführt. Zwischen 2006 und 2007 wurde der hauptsächlich für Hubschrauber und leichte Flugzeuge bestimmte Flugplatz unweit von Mestia (85 km nördlich von Kutaissi) instand gesetzt und umgerüstet. Es wird auch am Bau eines Flugplatzes in der Nähe von Tschichareschi (75 km nordöstlich von Kutaissi) gearbeitet. Die vorläufigen Kosten liegen bei rund 5,5 Millionen Dollar.

Im Rahmen des *Foreign Military Financing Program* erhielt Tiflis zwischen 2006 und 2008 zinsenlose Kredite in der Höhe von 30,6 Millionen Dollar.

Im Zeitraum 1997 bis 2008 exportierte die Türkei folgende für militärische Zwecke bestimmte Güter nach Georgien:

- rund 60 gepanzerte Mannschaftstransportwagen türkischer Erzeugung vom Typ RN-94
- zwei Hubschrauber UH-1 vom Typ „Iroquois“

- ein Patrouillenboot
- eine Waffen- und Munitionslieferung, darunter 2500 automatische Waffen vom Typ MP5 A1 (K), 1500 Sturmgewehre vom Typ G3 A3 (A4), 500 Granatwerfer T-40, 4000 122-mm-Raketen, 20.000 155-mm-Granaten sowie eine große Menge Handgranaten, Antipersonenminen und Mörsergranaten.

Türkische Fachleute waren an der Modernisierung von Militäreinrichtungen in Marneuli und Wasiani beteiligt. Anfang 2008 wurde in Gori ein Militärstützpunkt errichtet.

Die Türkei war auch bei der Ausbildung von Einheiten und Divisionen von Spezialkräften behilflich.

Mit Unterstützung Frankreichs bildete das georgische Verteidigungsministerium Einheiten nach NATO-Standards für die Durchführung von Einsätzen in Gebirgsregionen aus. Diese Spezialeinheiten spielten bei den militärischen Einsätzen gegen Zchinwali eine aktive Rolle.

Durch Rüstungskäufe und -lieferungen im Zeitraum 1. Januar 2005 bis 1. Januar 2008 erhöhte sich laut den im Rahmen des KSE-Vertrags übermittelten Informationen die Zahl der Panzer der georgischen Armee nahezu auf das Doppelte (von 98 auf 183), die Anzahl der gepanzerten Kampffahrzeuge (ACVs) um das 1,5-Fache (von 83 auf 134), die Anzahl der Artilleriewaffen mit einem Kaliber von über 100 mm verdreifachte sich (von 96 auf 238), die Anzahl der Angriffshubschrauber verdreifachte sich (von 3 auf 9), und die Anzahl der Kampfflugzeuge erhöhte sich um ein Drittel (von 7 auf 9).

Diese Lieferungen im großen Maßstab verstießen eindeutig gegen OSZE-Normen. Wie erinnerlich ist, haben sich alle Teilnehmerstaaten unserer Organisation mit dem Dokument „Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen“ von 1994 politisch dazu verpflichtet, Transfers zu vermeiden, von denen angenommen werden könnte, dass sie „einen bestehenden bewaffneten Konflikt verlängern oder verschärfen“, „den Frieden gefährden“, „zum Zwecke der Repression genutzt werden“, „in eine Region destabilisierendes militärisches Potenzial einbringen oder auf andere Weise zu regionaler Instabilität beitragen“. Alle diese Bestimmungen, die auch im OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen von 2000 bestätigt wurden, sind ganz eindeutig auf Georgien anwendbar.

Die russische Delegation hat immer wieder auf die gefährliche Entwicklung der Lage hingewiesen und davor gewarnt, dass die beschleunigte Aufrüstung Georgiens die Gefahr mit sich bringt, dass Tiflis früher oder später mit Gewalt gegen die Bevölkerung von Abchasien und Südossetien vorgeht. Wir haben ferner davor gewarnt, dass die Exportländer mitverantwortlich für ein mögliches Blutvergießen sind. Man hielt uns aber nur entgegen, dass Georgien ein legitimes Recht habe, seine Streitkräfte zu modernisieren, dass es kein Waffenembargo gegen das Land gäbe, dass die für Georgien nach dem KSE-Vertrag geltenden Obergrenzen noch nicht ausgeschöpft seien und dass – das war der wichtigste Punkt – „man sich nicht einmal vorstellen könne“, dass eine „junge Demokratie“ wie das Regime Saakaschwili einen Krieg von Zaun brechen könnte. Wie wir gesehen haben, ist das sehr wohl möglich, und zwar nicht spontan, sondern in voller Absicht und geplant. Das wurde aber der internationalen Staatengemeinschaft erst klar, nachdem es zu dieser Tragödie

gekommen war, die 2000 Menschen das Leben kostete und Zehntausende, darunter auch Bürger Georgiens, zu Flüchtlingen und Binnenvertriebenen machte.

Bemerkenswert ist, dass nach dem georgischen Angriff auf Südossetien das israelische Außenministerium den israelischen Exporteuren empfahl, in Zukunft keine Waffen mehr nach Tiflis zu liefern. Das ist ein Beispiel einer verantwortungsbewussten Vorgehensweise, die zeigt, dass die israelischen Behörden aus der jüngsten Tragödie objektive und angemessene Schlussfolgerungen gezogen haben. Doch leider haben nicht alle aus den Ereignissen vom August ihre Lehren gezogen. In einigen Ländern im OSZE-Raum werden wieder Stimmen laut, die eine Militärhilfe für Georgien und eine rasche Wiederherstellung seines militärischen Potenzials befürworten. Weshalb tun sie das? Um die Voraussetzungen für einen neuerlichen blutigen Konflikt zu schaffen? Hat sich nicht klar und deutlich gezeigt, dass das Saakaschwili-Regime nicht in der Lage ist, mit den ihm zur Verfügung stehenden Waffen verantwortungsbewusst umzugehen?

Wir appellieren an alle Beteiligten, unsere Warnungen ernst zu nehmen und die in den einschlägigen OSZE-Dokumenten festgeschriebenen Verpflichtungen genauestens einzuhalten, um nicht noch größere Verantwortung für das Blutvergießen im August und für ein mögliches Wiederaufflammen aggressiver Handlungen auf sich zu laden.

Was die OSZE-Normen betreffend den Transfer konventioneller Waffen anbelangt, so haben sich diese zumindest im Hinblick auf Georgien als nicht ausreichend wirksam erwiesen. Angesichts dessen halten wir es für notwendig, Maßnahmen zu treffen, um diese Situation zu korrigieren. Die russische Delegation verteilt heute einen Entwurf für einen FSK-Beschluss, in dem sich alle Staaten unserer Region dazu verpflichten, im Einklang mit ihren Verpflichtungen alle direkten oder indirekten Lieferungen, Verkäufe oder Transfers von Waffen und militärischer Ausrüstung einschließlich SALW nach Georgien strikt zu unterlassen. Wir sind der Meinung, dass das Ausmaß der Tragödie vom August es sowohl rechtfertigt als auch notwendig macht, diesen Beschluss auch auf die Lieferung jeglichen militärischen Materials nach Georgien und auf die Bereitstellung jeglicher Hilfestellung in Bezug auf militärische Aktivitäten auszuweiten.

Wir sind der Auffassung, dass ein solcher Beschluss so lange in Kraft bleiben sollte, bis man mit Fug und Recht annehmen kann, dass die georgische Regierung auf Gewalt verzichtet und bereit ist, mit ausländischer Militärhilfe verantwortungsvoll umzugehen.

Wir möchten Sie ersuchen, Herr Vorsitzender, in der Plenarsitzung des Forums am 15. Oktober eine Diskussion über den russischen Beschlussentwurf anzusetzen, damit alle Delegationen die Möglichkeit erhalten, den Beschluss gründlich zu prüfen und Rücksprache mit den zuständigen Stellen in ihren Hauptstädten zu halten.



558. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 564, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Danke, Herr Vorsitzender,

liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie gleich zu Beginn auf die simple Tatsache aufmerksam machen, dass wir derzeit Zeugen einer unverschämten Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten seiner Nachbarn sind – in diesem Fall spreche ich vom souveränen Staat Georgien.

Genau genommen ist das schon seit sehr langer Zeit der Fall; wir hatten hier im FSK oft Gelegenheit, die früher von Russland gegen Georgien verübten Provokationen zu erörtern. Aber was wir in den letzten zwei Monaten erlebt haben, überschreitet ganz eindeutig die Grenzen einer gewöhnlichen Provokation und stellt das gesamte europäische Sicherheitssystem in Frage.

Nun möchte ich zu den von der russischen Delegation heute zur Sprache gebrachten Fragen Stellung nehmen.

Die Regierung Georgiens hat seit 2004 nach der Rosenrevolution umfangreiche Reformen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Angriff genommen – Gesundheitswesen, Bildung, Soziales, Kultur usw. Die Folge davon war, dass der Staatshaushalt Georgiens um das Siebenfache gestiegen ist.

Dank der florierenden Wirtschaft unseres Landes konnten wir unter anderem in den Verteidigungssektor investieren, um glaubwürdige Streitkräfte aufzubauen, also moderne, gut ausgebildete und entsprechend ausgerüstete Streitkräfte, auf die das Land und sein Volk stolz sein können. Das ist selbstverständlich das legitime Recht jedes souveränen Staates.

Im Laufe der Jahre wurde der Verteidigungshaushalt den nationalen Sicherheitsbedürfnissen und den Verpflichtungen angepasst, die Georgien als aktiver Teilnehmer an internationalen Friedenssicherungs- und Anti-Terroreinsätzen übernommen hat. Während der Verteidigungshaushalt 2004 noch rund 174 Millionen Lari ausmachte, stieg er 2008 auf 1,4 Milliarden Lari, von denen nur 31,5 % für Neuanschaffungen vorgesehen sind. Von diesem Gesamtbetrag stehen 35,4 % für Gehälter, 22,4 % für Instandhaltungs- und Betriebskosten, 10,1 % für militärische Infrastruktur und 0,5 % für Forschung und Entwicklung zur Verfügung.

Seither sind die Gehälter um 550 Prozent gestiegen, Kasernen wurden instandgesetzt, um sie auf modernen Stand zu bringen, die sozialen Bedingungen für das Personal wurden verbessert, der Pensionsfonds wurde erhöht, es wurde eine staatlich subventionierte Versicherung eingeführt und georgischen Offizieren wurde Wohnraum zur Verfügung gestellt. Übrigens staunten selbst russische Besatzungssoldaten über den Lebensstandard der georgischen Soldaten. Hier sei an die Videoaufzeichnung erinnert, die Sie auf der letzten FSK-Sitzung sehen konnten und die das Erstaunen der russischen Soldaten über die Qualität der georgischen Kasernen zeigte, als sie am Militärstützpunkt Senaki einrückten. Einer von ihnen sagte: „Schau, wie Sie leben – im Vergleich dazu leben wir wie Obdachlose ...“. In vielen Fällen stahlen russische Soldaten sogar gebrauchte georgische Uniformen und Stiefel.

Dazu möchte ich betonen, dass die georgische Regierung beim Aufbau einer modernen NATO-kompatiblen Armee absolut transparent und im vollen Einklang mit den einschlägigen internationalen Vereinbarungen, wie etwa dem KSE-Vertrag, dem Wiener Dokument 1999 usw., vorging.

Seit 2004 wurden in Georgien

- acht Inspektionen und eine Reduzierungsinspektion nach dem KSE-Vertrag,
- zwölf Inspektionen und vier Überprüfungsinspektionen (3+1 Überprüfungsinspektionen pro Jahr) nach dem Wiener Dokument 1999 und
- dreizehn Inspektionen (vier Inspektionen jährlich und eine Inspektion 2008) gemäß dem Vertrag über den Offenen Himmel durchgeführt.

Wie Sie wissen, hat auch die russische Seite an allen diesen Inspektionen stets aktiv teilgenommen.

Bei jeder dieser Inspektionen wurde die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Georgiens verifiziert. Gleichzeitig nimmt Georgien im Geiste der Transparenz alljährlich am Informationsaustausch über Transfers konventioneller Waffen sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen als auch im Rahmen der OSZE teil, der Ihnen allen bekannt ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, dass Georgien den Ländern, die mit uns bei der Waffenbeschaffung zusammengearbeitet haben, dankbar ist. Wir beabsichtigen, diese Form der Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzusetzen, um unsere Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen und Interoperabilität mit den NATO-Kräften zu gewährleisten.

Trotz der unklugen Versuche unserer russischen Kollegen, Georgien als einen massiv aufgerüsteten Staat darzustellen, möchte ich unterstreichen, dass unser Verteidigungshaushalt nach wie vor relativ bescheiden ist und dass unsere Armee die kleinste in der Region ist.

Russland, das einen großangelegten Militärschlag durchgeführt und georgische Gebiete besetzt hat, versucht auf äußerst zynische Weise, Georgien Aggression zu unterstellen.

In Wahrheit, wie Sie sicherlich alle wissen, hat sich Moskau seit Langem auf die Invasion Georgiens vorbereitet, indem es seine Truppenpräsenz in den Konfliktzonen widerrechtlich verstärkte und die militärischen Fähigkeiten der kriminellen Separatisten unter eklatanter Verletzung seiner Verpflichtungen als Friedenssicherer stets weiter erhöhte. Erlauben Sie mir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie daran zu erinnern, dass es Russland ist, das gemeinsam mit seinen Satelliten-Regimen die ethnischen Säuberungen gegen Hunderttausende unschuldige Zivilisten sowohl in Abchasien (Georgien) als auch in der Zchinwali-Region (Georgien) zu verantworten hat. Und nicht zuletzt ist es Russland, das alle Grundprinzipien und Normen verletzt hat, auf denen die OSZE und das Völkerrecht beruhen.

Russland hat ja nicht einmal versucht, seine aggressiven Pläne in seiner Nachbarschaft geheim zu halten. Erlauben Sie mir, Ihnen ein paar Fakten ins Gedächtnis zu rufen:

Im Dezember 2007 setzte Russland seine Teilnahme am KSE-Vertrag aus, wodurch das Land in der Lage war, seine Truppenpräsenz im Nordkaukasus weiter auszubauen.

Im März 2008 kündigte Russland einseitig den GUS-Beschluss aus dem Jahr 1996 auf, der den Transfer jeglicher militärischer Ausrüstung und Militärhilfe an die Abchasier beschränkte.

Im April 2008 verlegte Russland militärische Offensivkräfte in die Region Abchasien, darunter Fallschirmjäger, womit es eindeutig gegen die Friedenssicherungsregeln verstieß (Anhang 2 zum GUS-Beschluss, 26. Mai 1995), der als Friedenstruppen lediglich Infanterie gestattet.

Im Mai 2008 entsandte Russland „Eisenbahntruppen“ nach Abchasien, die die militärische Infrastruktur vor Ort instandsetzten und die Basis für den Einmarsch schufen.

In völligem Widerspruch zum Friedenssicherungsmandat lieferte Moskau vor August 2008 widerrechtlich schwere Waffen an die separatistischen Regime – Artillerieraketen mit einer Reichweite von 50 km und rund ein Dutzend russische radargesteuerte Flugabwehrgeschütze „Schilka“.

Laut der georgischen Seite zur Verfügung stehenden Informationen versorgte Russland die Separatisten in beiden Regionen Georgiens allein 2008 auch mit über 90 gepanzerten Fahrzeugen, 12 modernen Panzern, sechs Panzern T-72, fünf Panzern T-62, 55 Panzern T-55, 52 BMPs, 16 BTRs, 11 BRDMs, 17 MT-LBs und 15 Raketenwerfern BM-21 „Grad“. Besonders sei angemerkt, dass die Separatisten in allernächster Zukunft zehn Kampfhubschrauber und drei Düsenjäger erhalten sollen.

In der Zchinwali-Region (Georgien) wurde im Distrikt Dschawa ein Militärstützpunkt errichtet, der von den russischen Besatzungstruppen benützt werden wird.

Im Juli 2008 wurde im Nordkaukasus nahe der georgischen Staatsgrenze eine groß angelegte militärische Übung abgehalten. Das Szenario der Übung sah unter anderem die Unterstützung russischer „Friedenstruppen“ in Abchasien und in der Zchinwali-Region (Georgien) vor. „Rein zufällig“ bildeten genau diese Truppen, die auch nach Beendigung des

Manövers nahe der georgischen Grenze stationiert blieben, die Vorhut der russischen Truppen, die am 7. August frühmorgens in Georgien einmarschierten.

Wir sollten betonen, dass alle bisherigen Ausführungen eine keineswegs vollständige Liste jener Elemente darstellen, die Russlands aggressive Pläne belegen. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Schließlich versucht die Russische Föderation durch die einseitige Erklärung der „Unabhängigkeit“ Abchasiens und der Zchinwali-Region, diese Gebiete de facto endgültig zu annektieren. Die weitere Welle ethnischer Säuberungen, die Zwangsverteilung russischer Reisepässe, die vor kurzem abgegebene Erklärung des russischen Ministerpräsidenten über die Beseitigung der Grenze zur Zchinwali-Region sowie die unverhohlenen Pläne, neue Militärstützpunkte in den Konfliktzonen einzurichten und dort russische Truppen auf Dauer zu stationieren, zeigen die wahren Ziele der russischen Seite in Bezug auf Georgien und dessen abtrünnige Regionen.

Damit blieb Georgien gar nichts anderes übrig, als auf die militärische Aggression Russlands zu reagieren. Die Aggression, das möchte ich wiederholen, wurde von Russland lange vor August 2008 minutiös vorbereitet.

Nun möchte ich zu den heutigen Aussagen des verehrten russischen Botschafters Stellung nehmen:

- Zu Okruaschwili (ehemaliger Verteidigungsminister Georgiens): Ja, es stimmt, er sagte, er würde das Neue Jahr in Zchinwali (Georgien) feiern, aber wie so oft verschwieg mein russischer Kollege eine diesbezüglich wichtige Information, nämlich dass Okruaschwili im Herbst 2006 entlassen und später verhaftet wurde. Ferner sei angemerkt, dass andere hochrangige Beamte des Ministeriums, die gleichzeitig mit ihm entlassen wurden, nach Russland flüchteten. Für wen sie tatsächlich arbeiteten, sollte Gegenstand einer eigenen Untersuchung sein.
- Zu den von georgischer Seiten blockierten Friedensvorschlägen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meinem letzten Vortrag habe ich eine Liste von einem Dutzend Friedensvorschlägen vorgelegt, die die georgische Seite den Separatisten und der internationalen Staatengemeinschaft vorgelegt hat. Wie ich sagte – und Sie alle waren im Laufe der Jahre Zeugen –, wurde sie von der russischen Seite gemeinsam mit den Separatisten samt und sonders abgelehnt. Und ich möchte erneut betonen, dass jeder einzelne dieser Vorschläge eine Klausel enthielt, die die Anwendung von Gewalt untersagte.
- Der Grund, warum sich die Mannstärke der georgischen Streitkräfte nach 2004 verdoppelte, ist der, dass Kräfte der inneren Sicherheit, die zuvor dem Innenministerium unterstanden, in die Streitkräfte übernommen wurden.

Herr Vorsitzender,

Um weitere Spekulationen über die von der russischen Seite auf den letzten FSK-Sitzungen aufgeworfenen Fragen zu vermeiden, fordern wir die internationale Staatengemeinschaft erneut auf, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen, und wir möchten wiederholen, dass die georgische Seite für eine solche Untersuchung stets offen war und nach wie vor offen ist!

Danke.



558. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 564, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK**

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation hat sich kritisch zu den Exporten militärischer Güter nach Georgien geäußert.

Herr Vorsitzender, ich möchte zu diesem Problem Folgendes feststellen:

In der Tschechischen Republik gibt es für die Ausfuhr militärischer Güter äußerst strikte innerstaatliche Regeln. Unser Land setzt alle einschlägigen internationalen Verpflichtungen und Verfahren voll und ganz um und hält sich streng an jedes internationale Waffenembargo, das gegen ein Land (oder Länder) verhängt wird. Es gab und gibt kein Embargo, das die Ausfuhr von Waffen nach Georgien untersagt.

Die Tschechische Republik führt alle Exporte militärischer Güter in völliger Transparenz durch und erfüllt alle einschlägigen OSZE- und UN-Bestimmungen (Informationsaustausch über den Transfer konventioneller Waffen usw.). In diesem Zusammenhang fordern wir alle Teilnehmerstaaten eindringlich auf, alle ihre Ausfuhren militärischer Güter ebenso transparent durchzuführen und alle maßgeblichen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Tschechische Republik unterstützt nachdrücklich das legitime Recht der georgischen Regierung, ihre eigenen Streitkräfte zu entwickeln und aufzubauen, um die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität ihres Landes zu schützen. Das ist insbesondere deshalb von besonderer Bedeutung, weil Georgien keinem Bündnis angehört, das die Unabhängigkeit seines Hoheitsgebiets garantieren könnte.

Die Tschechische Republik betrachtet die Anzahl der an Georgien gelieferten Waffen als absolut minimal und verhältnismäßig (angesichts der ständig zunehmenden Spannungen und der wiederholten Versuche, die Unabhängigkeit des georgischen Hoheitsgebiets zu beschneiden).

Herr Vorsitzender,

wir weisen nachdrücklich die russische Behauptung zurück, die Tschechische Republik sei durch die Ausfuhr einer geringen Menge militärischer Güter an Georgien für die Eskalation im russisch-georgischen Konflikt verantwortlich.

Was die Eskalation der Spannungen in der südossetischen Region betrifft, so steht noch immer nicht fest, wer die Waffen und weitere militärische Güter an die südossetische Miliz und in welcher Menge geliefert hat. Hier würden wir volle Transparenz begrüßen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend noch Folgendes anmerken:

Es ist noch nicht klar, wer den Konflikt wirklich begonnen hat. Wir sind nicht davon überzeugt, dass Georgien allein „den Krieg in Südossetien begonnen hat“, wie in der russischen Erklärung behauptet wird. Ein Teil der Verantwortung liegt sowohl bei der georgischen als auch bei der russischen Seite. Eine Verantwortung der Tschechischen Republik liegt jedoch nicht vor.

Vielleicht vergaß die verehrte Delegation der Russischen Föderation, dass die „kleinen Regionen“ Abchasien und Südossetien Teil des georgischen Hoheitsgebiets sind?

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/564
1. Oktober 2008
Anhang 4

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

558. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 564, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BULGARIENS**

Herr Vorsitzender,

wir möchten daran erinnern, dass gegen Georgien kein Embargo, keine Sanktionen oder sonstigen Beschränkungen irgendeiner Art verhängt wurden. Bulgarien hat militärische Ausrüstung auf rein kommerzieller Basis nach Georgien ausgeführt. Mit diesen Ausfuhren wurde gegen keine bestehende Ausfuhrkontrollbestimmung verstoßen.

Es sei festgestellt, dass Bulgarien unmittelbar nach Beginn des Konflikts sämtliche Ausfuhren von militärischen Gütern nach Georgien eingestellt und sogar Ausfuhrlicenzen widerrufen hat, die vor dem Konflikt ausgestellt worden waren.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.



558. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 564, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

ich möchte der Delegation der Russischen Föderation für ihre Ausführungen danken. Wir werden den Text und den vorgeschlagenen Beschlussentwurf sicherlich unserer Hauptstadt zur weiteren Prüfung zuleiten.

Was die Anschuldigungen in Bezug auf den Waffenhandel der Ukraine mit Georgien betrifft, so weise ich diese nachdrücklich als absolut haltlos zurück. Wir sind auch der Ansicht, dass die Diskussion über die angebliche Verwicklung oder Verantwortung der Ukraine unsinnig ist. In ihrer militärischen Zusammenarbeit mit anderen Ländern, einschließlich Georgiens, geht die Ukraine in völligem Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und internationalen Ausfuhrkontrollbestimmungen vor.

Ich möchte betonen, dass es in Bezug auf die militärische Zusammenarbeit mit Georgien keine internationalen Beschränkungen gibt. Unsere militärische Zusammenarbeit ist daher rechtmäßig und entspricht den freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern wie auch den Normen des Völkerrechts. Wir meinen überdies, dass jedes Land das legitime Recht hat, seine Strategie für die Entwicklung seiner Streitkräfte sowie deren Bedarf an Ausrüstung selbst zu bestimmen.

Ferner möchte ich anmerken, dass die Ukraine auch mit Russland weiter militärisch zusammenarbeitet, da auch für dieses Land keine internationalen Sanktionen bestehen. Wir können daher die Möglichkeit nicht ausschließen, dass die Russische Föderation im jüngsten Konflikt mit Georgien militärische Ausrüstung eingesetzt haben könnte, die in der Ukraine angekauft wurde.

Ferner ist festzuhalten, dass unsere militärische Zusammenarbeit mit Georgien stets absolut transparent und offen war. Die entsprechenden Informationen wurden den OSZE-Teilnehmerstaaten ordnungsgemäß im Sinne der einschlägigen OSZE-Dokumente und -Erfordernisse zur Kenntnis gebracht, die die Grundlage für gegenseitiges Vertrauen, Frieden und Stabilität in Europa bilden.

Allerdings ist das Vorgehen der Russischen Föderation, die heute Beschuldigungen erhebt, bisher das genaue Gegenteil. Ich möchte daran erinnern, dass die Russische

Föderation die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag einseitig ausgesetzt und damit die ordnungsgemäße Berichterstattung und Überprüfung ihrer militärischen Aktivitäten im Kaukasus verhindert hat.

Abschließend sei festgestellt, dass die Russische Föderation, wenn sie ihrer eigenen Logik folgte, mit gutem Beispiel vorangehen und die Verantwortung für die Konflikte in anderen Regionen übernehmen sollte, in denen Waffen russischer Herkunft im Einsatz sind. Ansonsten wären die Beschuldigungen nichts als leere Worte.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.



558. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 564, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender,

nachdem wir der russischen Erklärung und den anschließenden Wortmeldungen heute Vormittag aufmerksam zugehört haben, möchten wir unsere volle Unterstützung für die Erklärungen Georgiens, der Tschechischen Republik, Bulgariens, der Ukraine, der Türkei und Litauens erklären, die auf das legitime Recht Georgiens Bezug nehmen, seine Streitkräfte aufzubauen und weiterzuentwickeln. In Erwartung der heutigen Diskussion hat die US-Delegation am 12. September in Dokument PC.DEL/763/08 eine Erklärung des Unterstaatssekretärs für Verteidigung, Edelman, verteilt, die eine Aufstellung der US-amerikanischen Militärhilfe für Georgien enthält.

Herr Vorsitzender, Ministerpräsident Putin hat zwar versucht, die Vereinigten Staaten zu beschuldigen, „die Georgier bis an die Zähne zu bewaffnen“, doch wurden die georgischen Streitkräfte niemals von den Vereinigten Staaten ausgebildet oder ausgerüstet, um gegen die Russen zu kämpfen. Die US-amerikanische Militärhilfe für Georgien begann vielmehr zum Teil als Reaktion auf russische Sorgen, die nach den Kriegen in Tschetschenien entstanden waren.

Konkret begann die US-Hilfe als Reaktion auf die von Russland 2002 geäußerte Sorge, dass Georgien tschetschenischen Rebellen in der gesetzlosen Bergregion der Pankisi-Schlucht, die an den tschetschenischen Teil Russlands grenzt, Unterschlupf bietet. Die Vereinigten Staaten begannen das *Georgia Train and Equip Programme* (GTEP). Damit sollte den georgischen Sicherheitsdiensten Hilfestellung beim Schutz des Landes vor Bedrohungen von innen geleistet werden. Mit diesem Programm wurde die Entscheidung von Präsident Bush umgesetzt, dem Hilfeersuchen der Regierung Georgiens um Stärkung ihrer Fähigkeiten zur Terrorismusbekämpfung und zur Bewältigung der Lage in der Pankisi-Schlucht nachzukommen.

Das Anschlussprogramm zum GTEP war das *Georgian Sustainment and Stability Operations Programme* (GSSOP). Zweck des GSSOP und weiterer Anschlussprogramme an das GTEP war die Unterstützung Georgiens bei der Dislozierung von Truppen im Irak. Es war äußerst erfolgreich: Im Sommer 2007 entsandte Georgien eine 2000 Mann starke Brigade in den Irak, womit es zum damals drittgrößten truppenstellenden Staat der Koalitionskräfte wurde.

Diese Programme und alle anderen Hilfestellungen der Vereinigten Staaten für Georgien wurden von Anfang an in aller Offenheit durchgeführt und in öffentlichen Dokumenten erörtert. Die Vereinigten Staaten hielten alle einschlägigen internationalen Vereinbarungen ein, einschließlich der im November 1993 verabschiedeten OSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen und des im November 2000 verabschiedeten OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen.

Allerdings fragen wir uns, ob sich die Russische Föderation ebenso strikt daran hielt. Allem Anschein nach hat Russland jahrelang separatistische Milizen in Regionen innerhalb der international anerkannten Grenzen eines UN-Mitgliedsstaats und OSZE-Teilnehmerstaats bewaffnet, ausgebildet und unterstützt. Die angeblichen Aktionen Russlands dienten dazu, die Aussöhnung innerhalb Georgiens zu verhindern, die Situation zu verschärfen und ganz allgemein die Dinge schlimmer zu machen.

Nimmt man das heute Vormittag von der russischen Delegation angesprochene OSZE-Dokument über SALW zur Hand, stellt man fest, dass die Teilnehmerstaaten laut Abschnitt III Absatz b die Ausfuhr von Kleinwaffen vermeiden sollten, wenn ein „Risiko“ zu erkennen ist, dass die Ausfuhr unter anderem

- (ii) die nationale Sicherheit anderer Staaten bedrohen könnte;
- (iii) in Gebiete umgelenkt werden könnte, für deren Außenbeziehungen ein anderer Staat die international anerkannte Verantwortung trägt;
- (iv) ihren internationalen Verpflichtungen zuwiderlaufen könnte, insbesondere in Bezug auf Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ...

Herr Vorsitzender, die Bereitstellung von Ausbildung und Waffen für separatistische Milizen in den georgischen Regionen Südossetien oder Abchasien scheint ein eindeutiger Verstoß gegen die Absätze (ii), (iii) bzw. (iv) sowie gegen andere Abschnitte des OSZE-SALW-Dokuments zu sein.

Wir schließen uns anderen Delegationen in ihrer Aufforderung an die Delegation der Russischen Föderation an, ausführliche Informationen darüber vorzulegen, wie die Milizen ausgebildet und bewaffnet wurden und durch wen. Russland verfügt über erhebliches militärisches und sonstiges Personal in den abtrünnigen Regionen Georgiens und könnte daher vermutlich genaue Angaben machen.

Wir möchten Russland auch um eine Erklärung ersuchen, warum derartige Waffen und eine solche Ausbildung geeignet oder nicht geeignet sind: erstens, die nationale Sicherheit Georgiens zu bedrohen – was sich auf Absatz (ii) des erwähnten OSZE-SALW-Dokuments bezieht; oder zweitens, in einem als Teil Georgiens – damals auch von Russland – anerkannten Gebiet stattzufinden – was Bezug auf Absatz (iii) nimmt; oder drittens, internationalen Verpflichtungen zuwiderzulaufen – Absatz (iv). Es gibt noch andere anwendbare Bestimmungen dieses OSZE-Dokuments und anderer internationaler Dokumente, doch möchten wir mit gebotenen Respekt vorschlagen, dass unsere russischen Kollegen mit diesen beginnen.

Was größere Waffen betrifft, erinnern wir uns an Berichte von OSZE-Beobachtern über schweres militärisches Gerät mit russischer Kennzeichnung, das im Besitz süd-ossetischer Milizionäre beobachtet wurde. Die süd-ossetischen Milizionäre scheinen über mehr schweres Gerät, einschließlich Panzern, zu verfügen als zuvor. Diese Ausrüstung kann eigentlich nur durch den Roki-Tunnel, also über Russland, geliefert worden sein.

Wir möchten daher die russische Delegation auch auffordern, zu erklären, wie die Milizen in den Besitz dieser Ausrüstung gelangt sind, wie diese Transfers dokumentiert wurden, ob die Transfers transparent vor sich gingen und warum sie einen Verstoß oder keinen Verstoß gegen OSZE-Dokumente wie die OSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen darstellen. Hier scheint Abschnitt II Absatz b (ii) und b (iii) anwendbar zu sein.

Herr Vorsitzender, wir können der von Russland heute Vormittag zum Ausdruck gebrachten Sorge bezüglich demokratischer OSZE-Länder, die anderen unabhängigen demokratischen OSZE-Teilnehmerstaaten zur Wahrnehmung ihres legitimen Rechts verhelfen, ihre Streitkräfte aufzubauen und zu entwickeln, nicht zustimmen. Demokratische Staaten haben sehr wohl das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, dies zu tun.

Heute Morgen sprach die Delegation der Russischen Föderation mehrmals von der Regierung Georgiens als dem „Saakaschwili-Regime“. Wenn diese Bezeichnung in Englisch aus den Kopfhörern kommt, klingt dies vermutlich unfreundlicher als von der russischen Delegation beabsichtigt. Um einen den OSZE-Normen angemessenen Dialog zu erleichtern, möchten wir mit allem gebotenen Respekt vorschlagen, die Bezeichnung „Regierung Georgiens“ oder „Regierung des Präsidenten Saakaschwili“ zu verwenden. Damit wäre immer noch klar erkennbar, um welche Regierung es sich handelt. Desgleichen möchten wir alle anderen Teilnehmerstaaten eindringlich ersuchen, in ihren Bezugnahmen auf die russische Regierung und deren führende Persönlichkeiten den erforderlichen Respekt an den Tag zu legen, auch wenn sie sehr kritische Anmerkungen machen. Wörter und Bezeichnungen sollten den Dialog nicht durch Unachtsamkeit beeinträchtigen.

Russland sollte zukunftsgerichtete Bemühungen der OSZE und anderer internationaler Gremien um die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in der durch den Konflikt in Georgien geschädigten Region unterstützen. Wir verweisen die Delegierten auf jüngst abgegebene Erklärungen der Vereinigten Staaten im Ständigen Rat zu dieser Frage.

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir ersuchen, diese Erklärung und die anwendbaren Passagen von PC.DEL/763/08 dem Journal des Tages beizufügen.

FSC.JOUR/564

1. Oktober 2008

Anhang 6

Beilage

DEUTSCH

Original: ENGLISCH

**ERKLÄRUNG VON ERIC S. EDELMAN,
UNTERSTAATSSEKRETÄR FÜR VERTEIDIGUNGSPOLITIK
IM VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM**

9. September 2008

**Vereinigte Staaten werden zu Verbündeten stehen und mithelfen,
georgische Sicherheitskräfte neu aufzubauen**

Wir sind heute hier, um einen Konflikt zu erörtern, von dem viele von uns gehofft hatten, er könnte vermieden werden. Leider brach am Abend des 7. August trotz intensiver und seit Langem andauernder diplomatischer Bemühungen seitens der Regierung um einen Abbau der Spannungen in der Region letzten Endes doch ein schwerer Konflikt zwischen Russland und Georgien aus, der zu einer erheblich überzogenen Reaktion Russlands, der militärischen Invasion eines souveränen Landes, und zu Bemühungen Russlands um Schwächung der demokratisch gewählten Führung eines seiner Nachbarn führte. Der anschließende Beschluss Russlands, Südossetien und Abchasien als unabhängige Staaten anzuerkennen, war ein weiterer fehlgeleiteter Schritt, durch den die territoriale Integrität Georgiens in Frage gestellt werden sollte.

Alle diese Entwicklungen sind zutiefst beunruhigend, lassen an der Verlässlichkeit Russlands als Partner zweifeln und stellen gravierende Herausforderungen für Russlands Nachbarn, die Vereinigten Staaten und unsere europäischen Verbündeten dar.

Die Politik der Vereinigten Staaten wird wie folgt auf die gegenwärtige Krise reagieren: 1) Unterstützung des Volkes, der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Georgiens; 2) Unterstützung unserer Verbündeten in der Region, die sich durch die russische Aggression bedroht fühlen; und 3) werden wir Russland vor Augen führen, dass sein aggressives Vorgehen nicht seinen nationalen Interessen dient, nicht toleriert werden wird und seinen Preis haben wird.

Ich möchte heute versuchen, eine der vielen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu skizzieren, zu beschreiben, wie es zu der derzeitigen Krise kam, was wir unternommen haben, um sie zu verhindern, und wie wir in unserer Reaktion und unserer Neubewertung unserer Beziehungen zu Russland vorgehen sollten.

Lassen Sie mich eingangs Folgendes klarstellen: Die Vereinigten Staaten streben trotz der jüngsten Aktionen Russlands keinen neuen Kalten Krieg an. Wie Verteidigungsminister Gates immer wieder sagte, war einer genug. Wir haben unsere Aktivitäten in der Region nie

als einen Wettstreit mit Russland um „Einfluss“ wie im 19. Jahrhundert gesehen. Wir meinen auch nicht, dass der eurasische Raum irgendeiner Einflussosphäre von außen unterliegen sollte. Eine Reihe wohlwollender Beziehungen zwischen allen Beteiligten, seien sie groß oder klein, käme allen Ländern zugute – den Ländern des Südkaukasus, Russland und der transatlantischen Gemeinschaft.

Wir haben 18 Jahre lang gemeinsam mit den Ländern der Region, mit Russland und mit unseren westeuropäischen Verbündeten, unsere Zusammenarbeit in der Region gefördert. Drei US-Regierungen haben sich in diesem Zeitraum ebenfalls sehr dafür eingesetzt, das erklärte Ziel Russlands, die Integration in die wichtigsten westlichen Institutionen, zu unterstützen.

Nun stehen wir an einem Scheideweg. Angesichts der jüngsten Entwicklungen muss Russland nun entscheiden, wie es seine zukünftigen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft definieren will.

Russland hat durch seine jüngsten Handlungen bereits Ansehen in der Welt verloren und ist zunehmend isoliert. Die internationale Gemeinschaft hat die russische Aggression entschieden zurückgewiesen. Russlands zukünftige Handlungen, einschließlich jener in den kommenden Wochen und Monaten in Georgien, werden weiter ausschlaggebend dafür sein, wie es in der Welt gesehen wird und wie die Welt seine Beziehungen zu Russland definiert und mit Russland weiter umgeht. Wir hoffen, dass Russland nach reiflicher Überlegung einen anderen Weg einschlagen wird, unsere Politik wird jedenfalls entsprechend auf das russische Verhalten reagieren.

Wir werden weiter mit unseren westlichen Verbündeten und internationalen Partnern an Lösungen für die gegenwärtige Krise arbeiten. Die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten und ihre Zusammenarbeit mit Europa waren Jahrzehnte lang das Fundament, auf dem die euro-atlantische Sicherheitsstruktur ruhte. Bei der Prüfung von Optionen für unsere Reaktion auf Russlands Handlungen und im Prozess der Neubewertung unserer Beziehungen zu Russland halten wir auch Rücksprache mit unseren europäischen Freunden.

Und wir werden die Chancen, die die gegenwärtige Krise mit sich bringt, dazu nutzen, ein stärkeres und fähigeres euro-atlantisches Bündnis aufzubauen, das der vollen Bandbreite der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.

Unsere Beziehungen zu Russland waren ein wichtiger Schwerpunkt für unsere Regierung, und wir waren stets bemüht, mit Russland in einer Vielzahl von Bereichen von beiderseitigem Interesse zusammenzuarbeiten. Das Engagement von Präsident Bush für eine Partnerschaft mit Russland basierte auf einer realistischen Beurteilung dieser gemeinsamen Interessen, die zu Beginn dieses Jahres in der in Sotschi vereinbarten Strategischen Rahmen-erklärung ihren Ausdruck fanden, die die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit in einer ganzen Reihe strategischer Interessen bilden sollte.

Während die strategischen Interessen der Vereinigten Staaten es gebieten, die Tür für eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit mit Russland – wie in Sotschi erhofft – offen zu lassen, dürfen wir andererseits die Möglichkeit nicht ausschließen, dass die Absichten Russlands vielleicht nicht unserer Wahrnehmung entsprechen, und dass Russland zumindest

in nächster Zeit seinen jetzigen Kurs beibehält. Das wird Geduld verlangen und die stete Verpflichtung, in der Verteidigung unserer Interessen und jener unserer Freunde und Verbündeten in der Region nicht nachzulassen.

Kriegsausbruch

Der August war ein unbeständiger Monat in Südossetien. Nach Scharmützeln Ende Juli und Anfang August in Südossetien nach dem Prinzip „Wie du mir, so ich dir“, einschließlich gegen südossetische Behörden gerichteter am Straßenrand hochgehender Bomben und eines versuchten Mordanschlags auf den Führer der von Georgien unterstützten provisorischen Regierung in Südossetien am 3. Juli kam es in der Woche des 4. August immer wieder zu Feuergefechten zwischen südossetischen und georgischen Kräften.

Die Kampfhandlungen nahmen am 5./6. August deutlich zu, als südossetische Separatisten ihre Artillerie auf georgische Dörfer im Süden und Norden der separatistischen Hauptstadt richteten. Am 7. August wurde ein gepanzerter Mannschaftstransportwagen der georgischen Friedenstruppen zerstört.

Der Beschuss von südossetischer Seite ging unaufhörlich weiter, während Georgien seinen Minister für Reintegration nach Südossetien zu Gesprächen entsandte und Präsident Saakaschwili am 7. August eine einseitige Waffenruhe verkündete. Georgiens Angaben zufolge bombardierten die Südosseten trotz der Waffenruhe weiter georgische Friedenstruppen und Dörfer, sogar aus Positionen hinter den Stellungen der russischen Friedenstruppen. Im Widerspruch zu ihrem Mandat kamen die russischen „Friedenstruppen“ nicht ihrer Pflicht nach, dem Feuerwechsel zwischen beiden Seiten Einhalt zu gebieten.

In dieser Nacht gaben die Georgier bekannt, dass sie sich gezwungen sähen, ihre Bürger zu schützen, und begannen, mit Bodenoperationen gegen die südossetischen Feuerpositionen vorzugehen. Georgien weitete seine Operationen aus und bombardierte die Stadt Zchinwali. Mit einer georgischen Bodenoperation gelang es rasch, von den Separatisten kontrollierte Dörfer und einen Großteil der Stadt Zchinwali einzunehmen.

Die Entscheidung der georgischen Führung, in der Konfliktzone Gewalt anzuwenden, war unklug. Obwohl noch Vieles unklar ist, scheinen die Georgier eine ihrer Meinung nach begrenzte militärische Operation mit dem politischen Ziel durchgeführt zu haben, die georgische Hoheitsgewalt über Südossetien wiederherzustellen, um das Störfeuer der südossetischen Separatisten auf georgische Zivilisten zu beenden. Diese Operation war überstürzt geplant und durchgeführt.

Der Einsatz von Artilleriefeuer und Mehrfachraketenwerfern gegen städtische Gebiete und in die Nähe der russischen Friedenstruppen ist bedauerlich, und wir heißen dieses Vorgehen nicht gut.

Russland nützte die Bodenoperation Georgiens als Vorwand für seine eigene Offensive. Nachdem die georgischen Streitkräfte aus Zchinwali vertrieben waren, stieß Russland rasch in unbestritten georgisches Hoheitsgebiet vor. Der an zwei Fronten geführte Angriff Russlands, das nicht nur Kräfte in Südossetien sondern auch in Abchasien auf dem Landweg sowie auf dem See- und Luftweg vorrücken ließ, führte zur Rückeroberung ganz

Südossetiens und der von Georgien kontrollierten Oberen Kodori-Schlucht in der Region Abchasien. Bei der Militäroperation unter Einsatz mehrerer Truppengattungen setzte Russland konventionelle, Luftlande- und Sonderkräfte aus dem Militärdistrikt Nordkaukasus sowie Luftlandetruppen aus Pskow und Iwanowo, Seestreitkräfte der Schwarzmeerflotte, irreguläre Kräfte – Südossetier, Kosaken und Tschetschenen – sowie Sonderkräfte ein.

Binnen Stunden nach dem Einmarsch Georgiens in Südossetien strömten tausende einsatzerprobte russische Kampftruppen und hunderte Panzer, Fahrzeuge und Dutzende Luftfahrzeuge nach Südossetien und führten Luft- und Raketenangriffe auf von Tiflis kontrollierte georgische Gebiete durch. Innerhalb weniger Tage marschierten russische Truppen zügig in unbestritten georgisches Hoheitsgebiet ein.

Seit Beginn des Konflikts erklärten offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums ranghohen Vertretern des US-Verteidigungsministeriums, dass Russlands begrenztes Ziel der Schutz seiner Bürger und Friedenstruppen sowie die Vertreibung der georgischen Kräfte aus ihren nach dem 6. August eingenommenen Stellungen sei. Es stellte sich allerdings heraus, dass die operativen – und strategischen – Ziele Russlands anscheinend keine Grenzen hatten.

Die politische und militärische Führung Russlands führte eindeutig eine vorausgeplante Operation mit dem Ziel durch, den Status quo in Georgien gewaltsam und rasch zu ändern.

Geschichte der US-Militärhilfe

Ministerpräsident Putin hat versucht, den Vereinigten Staaten vorzuwerfen, „die Georgier bis an die Zähne bewaffnet zu haben“, doch die georgischen Streitkräfte wurden niemals von den Vereinigten Staaten ausgebildet oder ausgerüstet, um gegen die Russen zu kämpfen.

Georgien ist seit September 2001 ein Partner im weltweiten Krieg gegen den Terrorismus. 2002 starteten die Vereinigten Staaten als Reaktion auf die russischen Anschuldigungen, Georgien biete tschetschenischen Rebellen in der gesetzlosen Grenzgebirgsregion der Pankisi-Schlucht Unterschlupf, das *Georgia Train and Equip Program* (GTEP), das den Sicherheitsdiensten beim Schutz des Landes gegen Bedrohungen von innen Hilfestellung leisten sollte. Dieses Programm setzte die Entscheidung von Präsident Bush um, dem Hilfersuchen der Regierung Georgiens um Stärkung seiner Fähigkeit zur Terrorismusbekämpfung nachzukommen, um der Lage in der Pankisi-Schlucht Herr zu werden. Dieses Programm wurde in aller Offenheit durchgeführt und in öffentlichen Dokumenten erörtert.

Mit zunehmender Reife der georgischen Streitkräfte wurde offensichtlich, dass das GTEP weiterentwickelt werden musste. Das Anschlussprogramm, das *Georgian Sustainment and Stability Operations Program* (GSSOP), sorgte für die Ausbildung und Ausrüstung georgischer Kräfte und Führungsstäbe für Friedensunterstützungseinsätze im Irak. Im Rahmen des *Georgian Train and Equip Program* (GTEP) und der beiden *Sustainment and Stability Operation Programs* (SSOPs) wurden drei georgische Brigaden ausgebildet.

Der Zweck aller auf das GTEP folgenden Programme war die Unterstützung Georgiens bei der Entsendung von Kräften in den Irak. SSOP und SSOP II waren der wichtigen Ausbildung für Kampfunterstützungs- und Versorgungseinheiten gewidmet, dank der die drei ausgebildeten Brigaden autark wurden, einen höheren Grad an NATO-Interoperabilität erreichten und auf Brigadeebene operieren können. Im Sommer 2007 entsandte Georgien eine Brigade von 2000 Mann in den Irak, womit es zum drittgrößten truppenstellenden Staat im Irak wurde und sein bisheriges Kontingent von 858 Mann aufstockte. Es wurden rund 64 Millionen US-Dollar für die Unterstützung Georgiens durch das GTEP aufgewendet. Anschließend wurden Georgien zur Unterstützung von SSOP, SSOP II und für die jüngste Entsendung seiner Brigade in den Irak annähernd 124,2 Millionen Dollar aus Koalitionsunterstützungsmitteln rückerstattet.

Vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten führten die Vereinigten Staaten für die 4. Brigade Georgiens eine militärische Grundausbildung im Hinblick auf ihre spätere Entsendung in den Irak im Winter 2008 durch. Die Ausbildung der Brigade wurde aus von der georgischen Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln finanziert, die von den Vereinigten Staaten später rückerstattet worden wären. Für diese Tätigkeit sollten rund 35 Millionen US-Dollar vorgesehen werden.

Georgien ist gemessen an seiner Einwohnerzahl der größte truppenstellende Staat im Krieg gegen den Terror. Seit Beginn der *Operation Iraqi Freedom* wurden 7800 georgische Soldaten im Irak stationiert, wo sie an der Seite der US-Kräfte dienen.

Mehr als 50 waren 2004 in Afghanistan anlässlich der Wahlen im Einsatz. Vier georgische Soldaten kamen beim Kampf Seite an Seite mit den US- und Koalitionskräften im Irak ums Leben, 19 weitere wurden verletzt. Georgien ist einer der treuesten Verbündeten im Krieg gegen den Terror.

Während unsere Verteidigungs- und militärischen Beziehungen zu Georgien enger wurden, unterhielten wir mit Russland weiter aktive Beziehungen auf militärischer Ebene. Im Interesse der Transparenz informierten wir die Russen regelmäßig über die Aktivitäten im Rahmen des GTEP und des GSSOP und unterrichteten ranghohe russische Offiziere in regelmäßigen Abständen über Umfang und Art unserer Aktivitäten zum Aufbau von Fähigkeiten. Bedauerlicherweise dürfte es den Russen nicht möglich gewesen sein, ihr „Nullsummen-Denken“ aus der Zeit des Kalten Krieges abzulegen, scheinen doch die Aktionen russischer Militäreinheiten zur systematischen Demontage der georgischen Streitkräfte teilweise ein „Rachefeldzug“ für diese Programme zum Aufbau von Kapazitäten gewesen zu sein.

Konsultationen vor und während des Konflikts

Das Verteidigungsministerium bemühte sich sowohl vor dem Ausbruch des Konflikts als auch während des Konflikts nach Kräften, die Führer auf beiden Seiten davon zu überzeugen, abzuwiegeln und darauf zu verzichten, ihre Differenzen mit militärischer Gewalt zu lösen. Der Verteidigungsminister sprach wiederholt mit Präsident Saakaschwili, unter anderem im November 2007 und erneut bei bilateralen Konsultationen im März 2008 in Washington.

Der Verteidigungsminister setzte seine Kontakte mit seinen georgischen und russischen Amtskollegen auch während der Krise fort, rief zur Zurückhaltung auf und betonte, dass sich alle Kräfte auf ihre Stellungen vor dem 6. August zurückziehen müssten.

Auch der Vorsitzende des Vereinigten Oberkommandos nahm während der Krise Verbindung zu seinen georgischen und russischen Amtskollegen auf. Letzterer erklärte ihm, Russland verfolge begrenzte Ziele und hätte nicht die Absicht, die Feindseligkeiten auf von der Regierung Georgiens kontrollierte Gebiete auszuweiten. Russlands Taten stehen eindeutig im Widerspruch zu diesen Aussagen.

Der Stellvertretende Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Fata, reiste am 17. April nach Georgien, als die Spannungen im Anschluss an den Gipfel von Bukarest und die russischen Aktivitäten in Abchasien einen Höhepunkt erreicht hatten, und erneut am 30. Juni. Bei diesen Besuchen forderten wir Georgien im Rahmen der vielfältigen bilateralen Verteidigungsgespräche zwischen den Vereinigten Staaten und Georgien eindringlich auf, „Zurückhaltung“ zu zeigen und sich von Russland nicht provozieren zu lassen. Es wurde konsequent zu strategischer Geduld und zur Suche nach einer friedlichen Lösung der eingefrorenen Konflikte geraten, während Russland die Spannungen offensichtlich schürte, um Georgien zu einer Reaktion zu provozieren.

Als der Konflikt offen ausbrach, sprach der Verteidigungsminister am Freitag, dem 8. August, mit seinem russischen und seinem georgischen Amtskollegen und am 9. August mit Präsident Saakaschwili. Der Minister betonte, der Konflikt sei nicht militärisch zu lösen, da es Georgien vermutlich mit einem übermächtigen russischen Militärschlag als Reaktion auf jeden georgischen Versuch, in den abtrünnigen Regionen militärisch vorzugehen, zu tun bekommen würde.

Trotz der in den Jahren zuvor immer wieder zu beobachtenden Bewegungen, Spannungen und Parolen, hatten wir bis 7. August kaum eine Vorwarnung, dass ein großangelegter Konflikt unmittelbar bevorsteht. Am 7. erhielten wir Hinweise auf eine Generalmobilmachung in Georgien, da die für ihre zukünftige Stationierung im Irak auszubildenden Soldaten nicht zu ihren Schulungen erschienen. Die Geschwindigkeit, mit der es zu Kampfhandlungen kam, und die Grausamkeit des Konflikts eskalierten sehr schnell.

An dem Konflikt waren keine Soldaten des Verteidigungsministeriums beteiligt. Im Land befanden sich 80 Soldaten, die die georgischen Kräfte für ihre zukünftige Stationierung im Irak ausbildeten, sowie vier Soldaten, die vom 15. bis 31. Juli an der Übung *Spirit of Partnership for Peace Immediate Response 08* unter Beteiligung der Vereinigten Staaten, Georgiens und anderer regionaler Partnernationen teilgenommen hatten.

Hier sei angemerkt, dass die Vereinigten Staaten am 10. und 11. August auf Ersuchen der georgischen Regierung und gemäß der seit Langem bestehenden Vereinbarung mit Georgien, für den Transport der im Irak stationierten georgischen Truppen zu sorgen, rund 1800 georgische Soldaten aus dem Irak zurück nach Georgien flogen.

Die Beziehungen zu Russland

Der Umstand, dass Russland zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion außerhalb seiner Grenzen militärische Gewalt in großem Umfang einsetzt, ist ernüchternd. Russlands Einmarsch in Georgien zeigt eine neue Aggressivität in der russischen Außenpolitik und eine Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt, um im nahen Ausland seine Ziele zu erreichen.

Mit der Anerkennung der georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien machte der russische Präsident Dmitri Medwedew deutlich, dass Moskau den derzeitigen Konflikt zur Schaffung neuer Tatsachen vor Ort zu nützen gedenkt. Diese Aktionen widersprechen der vom damaligen Präsidenten Putin an Präsident Bush im April in Sotschi gerichteten Botschaft, der zu entnehmen war, dass Russland bestrebt sei, sich gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

In den letzten Monaten haben offizielle russische Vertreter die Rechtmäßigkeit der Souveränität der Ukraine über die Krim infrage gestellt und offen erklärt, dass die Schwarzmeerflotte niemals den ukrainischen Hafen Sewastopol (auf der Krim) verlassen werde, Pachtvertrag hin oder her, und es gibt auch Presseberichte, dass Russland ukrainischen Bürgern auf der Krim Reisepässe ausstellt – ähnlich wie in Georgien. Das gibt Anlass zur Sorge und sollte in den kommenden Monaten genau beobachtet werden.

Russlands Vorgehen in Georgien hat seine Beziehungen zum Rest der Welt gefährdet. Die Vereinigten Staaten, die europäischen Staaten, die G-7-Mitglieder und andere haben gefragt, welche Art von Beziehungen Russland mit der internationalen Staatengemeinschaft unterhalten will. Es besteht die einhellige Auffassung, dass Russlands Handlungen es in die Isolation führen werden und dass Russland einen anderen Kurs einschlagen muss – beginnend mit Georgien.

Russlands Vorgehen hat zu einer Neubewertung geführt, nicht nur in der US-Politik gegenüber Russland sondern auch jener der Europäischen Union, der NATO und darüber hinaus. Die Schanghai-Kooperationsorganisation, der Russland angehört, hat es abgelehnt, die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien abzusegnen; sie gab vielmehr eine Erklärung ab, in der die territoriale Integrität der Staaten als oberstes Prinzip bekräftigt wird. Die Europäische Union trat unter französischer Führung zu einer Sondersitzung zusammen, in der die unverhältnismäßige militärische Reaktion Russlands kritisiert, die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens durch Russland verurteilt und Treffen zum Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland verschoben wurden. Die G-8 gibt „G-7“-Erklärungen heraus, um einem Mitglied klarzumachen, dass Russlands Handlungen von der Mehrheit der Gruppe nicht gebilligt werden.

Wie die Erklärung des Nordatlantikkrates zu Georgien gezeigt hat, spricht das Bündnis in seiner Unterstützung für die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit Georgiens mit einer Stimme. Georgien ist ein starker Freund und Partner der NATO.

Das NATO-Bündnis war in der Zeit nach dem Kalten Krieg eine Wertegemeinschaft demokratischer und euro-atlantischer Staaten. Das NATO-Bündnis von heute ist eine Allianz,

die die Werte verteidigen wird, die ihre Grundlage bilden, und Bewerber bei Bedrohungen von außen unterstützen wird.

Die NATO-Ambitionen Georgiens beruhen auf grundlegenden gemeinsamen Werten und dem Versprechen, dass die NATO ihre Türen für alle Bewerber offen halten wird, die bereit sind, die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Das georgische Volk und die georgische Regierung haben sich vor dem Konflikt festgelegt, und die Vereinigte Staaten und viele NATO-Verbündete hatten den Eindruck, dass Georgien für die nächste Phase des Aktionsplans zur Mitgliedschaft (MAP) bereit sei. Die Botschaft, die wir in den kommenden Wochen und Monaten aussenden werden, wird nicht nur von den Georgiern gehört werden, sondern von all jenen in der Region, die auf den Westen als einer Quelle der Sicherheit, der Inspiration und der Freiheit blicken. Wir sollten die richtige Botschaft aussenden, dass die russische Aggression keine Auswirkungen auf die euro-atlantischen Bestrebungen Georgiens und der Ukraine haben wird. Die NATO hat beschlossen, die Beziehungen zwischen der NATO und Georgien durch die Schaffung einer NATO-Georgien-Kommission zu fördern. Dieses Gremium wird mithelfen, Georgien noch näher an die NATO-Mitgliedschaft heranzuführen.

Russland hat zwar deutlich gezeigt, dass ihm seine internationale Reputation gleichgültig ist, als es verlauten ließ, kein Interesse an der WTO und an der Mitgliedschaft in der G-8 zu haben, doch es hat sich isoliert und wird für seinen Alleingang einen diplomatischen und wirtschaftlichen Preis zahlen.

Anzumerken ist hier vor allem, dass Russland seit dem Beginn des Konflikts internationale Investitionen verliert und dass seine Aktienbörse erheblich an Wert verloren hat. Russland mag denken, es habe mit der Niederwerfung der georgischen Armee einen taktischen Sieg errungen. Doch dieser Sieg hat es weiter isoliert und ihm den Verlust an Achtung und die Ablehnung seiner Nachbarn eingebracht.

Was tun wir heute?

Erstens müssen wir Georgien unterstützen. Wir bemühen uns, die Situation vor Ort zu stabilisieren, dem Land dabei zu helfen, sich zu erholen und sich wirtschaftlich zu entfalten, seine Souveränität zu erhalten, seine territoriale Integrität weiter zu unterstützen und ihm beim Wiederaufbau seiner Streitkräfte behilflich zu sein.

Unsere erste Sorge nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten war es, die Feuergefechte zu beenden und dem Volk von Georgien zu helfen. Unsere humanitären Bemühungen auf dem Luft-, Land- und Seeweg haben das menschliche Leid gemildert und die unverbrüchliche Unterstützung der Vereinigten Staaten für das georgische Volk in Zeiten der Not unter Beweis gestellt.

Wir setzen unsere humanitäre Hilfe fort und bemühen uns nun vor allem, Georgien und seine demokratisch gewählte Regierung zu unterstützen. Letzte Woche haben die Vereinigten Staaten eine zusätzliche Wirtschaftshilfe für Georgien in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar beschlossen, die Georgien helfen wird, die durch die gegenwärtige Krise entstandenen unmittelbaren Bedürfnisse zu decken. Nun werden wir mit dem Kongress an Hilfspaketen arbeiten, die den bestmöglichen Rahmen für das US-Engagement für Georgien

und regionale Partner in dieser kritischen Zeit abstecken. Wir sehen ferner einer engen Zusammenarbeit mit unseren multilateralen Entwicklungsbankpartnern, der Europäischen Union und anderen internationalen Gebern entgegen.

Das Verteidigungsministerium hat sich in erster Linie darauf konzentriert, die Zusage des Präsidenten in Bezug auf die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für das georgische Volk zu erfüllen. Bis 8. September wurden im Rahmen von 62 Einsätzen über 1145 amerikanische Tonnen Hilfsgüter ausgeliefert. Die USS McFaul, USCGC Dallas und USS Mount Whitney haben über die georgischen Häfen Batumi und Poti humanitäre Hilfsgüter angeliefert.

Georgien sollte wie jedes andere souveräne Land fähig sein, sich selbst zu verteidigen und neuerliche Aggression abzuwehren. Der Oberbefehlshaber der NATO, Supreme Allied Commander General Craddock, besuchte am 21. August Tiflis, wo er mit hochrangigen offiziellen Vertretern Georgiens zusammentraf und die Schäden an der Infrastruktur und den Streitkräften Georgiens besichtigte. Das Verteidigungsministerium entsendet gegen Ende diese Woche ein Bedarfsermittlungsteam nach Tiflis, das uns dabei helfen wird, die legitimen Bedürfnisse Georgiens und unsere Reaktion sorgfältig zu prüfen. Nach der Bedarfserhebung werden wir prüfen, wie die Vereinigten Staaten den Wiederaufbau der georgischen Wirtschaft, Infrastruktur und Streitkräfte unterstützen können. Diese Schritte werden nacheinander ablaufen und auch weiterhin die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Georgiens unter Beweis stellen.

Seit einigen Jahren spielen die Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der georgischen Kräfte auf die Durchführung von Anti-Terrorismus-Einsätzen, zuerst durch die Unterstützung Georgiens bei der Vertreibung der Tschetschenen und anderen Extremisten aus der Pankisi-Schlucht, und später im Rahmen der Tätigkeit der multinationalen Koalition. Es ist erwähnenswert, dass in der Nacht des 7. August die bestausgebildeten Streitkräfte Georgiens – die zwanzig Prozent ihrer im aktiven Dienst stehenden Kräfte darstellen – im Irak in Unterstützung der internationalen Koalition im Einsatz waren.

Georgien stellt das drittgrößte nationale Kontingent der Koalition im Irak nach den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich. Es ist uns natürlich bewusst, dass Georgiens eigene nationale Sicherheitsanliegen es nach den Ereignissen des letzten Monats nun mit sich bringen können, dass es in Zukunft weniger zu diesen Koalitionsbemühungen beitragen kann. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten die Bedürfnisse Georgiens sorgfältig und verantwortungsvoll prüfen.

Bei der Hilfe für Georgien werden die Vereinigten Staaten nicht allein stehen. Der NATO-Nordatlantikrat beschloss am 19. August, eine NATO-Georgien-Kommission einzurichten, mit der die Beziehungen Georgiens zur NATO unterstützt werden sollen. Die NATO hat überdies beschlossen, Georgien bei der Bewertung der durch den russischen Militärschlag verursachten Schäden zu helfen, auch in den georgischen Streitkräften, und mitzuhelfen, die für ein normales öffentliches Leben und die Wirtschaftstätigkeit unerlässlichen Dienste wiederherzustellen. Die NATO hat bereits ein beratendes Unterstützungsteam sowie ihren Sonderbeauftragten für den Kaukasus und Zentralasien nach Georgien entsandt, und die ständigen Vertreter im Nordatlantikrat planen in naher Zukunft einen Besuch in Georgien. Finnlands Außenminister Alexander Stubb, der Amtierende Vorsitzende der

OSZE, hat Meilen über Meilen zurückgelegt und sich unermüdlich für die Lösung des Konflikts eingesetzt. Stubbs Leistung war außerordentlich, ja einzigartig: Er hat allein dafür gesorgt, dass die Krisenreaktionsmechanismen der OSZE einsatzbereit waren und auf vollen Touren liefen.

Die Vereinigten Staaten sind auch entschlossen, ihre Unterstützung für andere Freunde und Partner in der Region, insbesondere die Ukraine, Polen und die baltischen Nationen, die von Moskau bedroht wurden, deutlich zu machen. Diese Länder müssen wissen, dass die Vereinigten Staaten hinter ihnen stehen, und, was ebenso wichtig ist, auch Russland muss es wissen.

Bei unseren Aktivitäten zur Unterstützung von Georgien und unserer Verbündeten müssen wir auch unsere Beziehungen zu Russland überdenken. Wir werden nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir haben unsere bilaterale militärische Zusammenarbeit mit Russland ausgesetzt und unternehmen derzeit eine umfassende Überprüfung sämtlicher Aktivitäten.

Schlussfolgerungen

Obwohl Russland seinen offensiven Militärschlag beendet hat, halten russische Kräfte nach wie vor Teile Georgiens besetzt. Russland hat sich nicht an seine in dem vom russischen Präsidenten Medwedew unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen enthaltenen Verpflichtungen gehalten. Wir fordern Russland auf, den zugesagten Abzug seiner Kräfte aus Gebieten außerhalb der abtrünnigen Territorien durchzuführen, wie in früheren Vereinbarungen und dem am 8. September in Moskau mit dem französischen Präsidenten Sarkozy unterzeichneten Abkommen vorgesehen ist. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens durch Russland, die unmittelbar nach Einstellung der Feindseligkeiten und in der noch schwelenden Glut des Konflikts erklärt wurde, deutet darauf hin, dass die politischen und militärischen Ziele Russlands in Bezug auf Georgien sich nicht auf die Wiederherstellung des politisch-militärischen Status quo vor dem Krieg beschränken.

Die Vereinigten Staaten waren drei Regierungsperioden hindurch bemüht, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der neuen unabhängigen Staaten Eurasiens sicherzustellen und zu unterstützen.

Parallel dazu unterstützten wir Russland bei seiner Integration in die globale Wirtschaftsgemeinschaft und bei seiner Zusammenarbeit mit der NATO im neuen Europa nach dem Kalten Krieg. Unsere regionalen Politiken waren kein Nullsummenspiel und gaben auch keinem Land den Vorzug gegenüber einem anderen. Wir waren und sind noch immer der festen Überzeugung, dass demokratische Nationen an Russlands Grenzen in Russlands Interesse sind. Unsere Politik trug zu einem entweder durch die Mitgliedschaft oder durch enge Verbindung zur Europäischen Union und zur NATO geeinteren und besser integrierten Europa bei.

Europa ist freier, wohlhabender und sicherer denn je zuvor in seiner gesamten Geschichte. Die Politik der Vereinigten Staaten in dieser Region ist unmissverständlich: Wir möchten den Nationen dieser Region dabei helfen, denselben Weg zu Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft wie so viele ihrer Nachbarn in Europa zu beschreiten.

Wir dürfen nicht und werden nicht gestatten, dass Russlands Aggression in Georgien Erfolg hat. Noch dürfen wir die Chance ungenützt verstreichen lassen, unseren Partnern und Freunden in der Region angesichts einer Aggression solidarisch die Hand zu reichen. Die Vereinigten Staaten haben eine Verantwortung, Georgien zu unterstützen, und genau das werden wir in den kommenden Wochen und Monaten tun. Und wir müssen Russland mit Worten, mit unserer Politik und mit unseren Handlungen zeigen, dass es im Interesse Russlands ebenso wie des Westens ist, etwas zu unternehmen, um aus seiner Isolation herauszukommen und auf einen konstruktiven Rahmen für seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Europa hinzuarbeiten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.